

Transkript zum Video „Dr. Florian Pfeil zur Zukunftsperspektive Somalias“

Redaktion: Wie schätzen Sie die Zukunftsperspektive für Somalia ein?

Herr Pfeil: Es gibt sicher keinen Grund für übersteigerte Hoffnung im Falle Somalias. Aber es gibt doch so ein bisschen was wie ein sanftes Licht am Ende des Tunnels. 2012 haben sich die wichtigsten Konfliktparteien zusammengesetzt, haben versucht, eine Regelung zu finden. Seit 2012 gibt es – zum ersten Mal seit 1991 überhaupt – wieder so etwas wie eine Zentralregierung, eine handlungsfähige Zentralregierung in Somalia. Wir reden noch über einen langen Weg, den das Land vor sich hat, bis es wirklichen Frieden gibt, aber wir haben tatsächlich eine Verbesserung der Situation seit 2012 und ein bisschen Anlass zur Hoffnung. Das große Problem ist nach wie vor die Terrororganisation al-Shabaab, die militärisch in Somalia inzwischen zwar nahezu besiegt ist, aber je erfolgloser sie militärisch agiert, desto mehr hat sie ihre Taktik vom Militärischen hin zum Terroristischen geändert. Wir haben beispielsweise im Oktober 2017 einen verheerenden Bombenanschlag in Mogadischu – in der Hauptstadt Somalias – gehabt, für den al-Shabaab verantwortlich war und dieser Terror fordert natürlich auch viele Opfer. Was dringend passieren müsste, wäre tatsächlich, dass al-Shabaab weiter zurückgedrängt wird, auch im terroristischen Bereich weiter zurückgedrängt wird, und was man natürlich nur hoffen kann, ist, dass das Bündnis der verschiedenen Konfliktparteien, die sich 2012 zusammengetan haben, wirklich hält. Denn, machen wir uns nichts vor, auch nach 2012 ist es immer mal wieder zu militärischen Scharmützeln zwischen Verbündeten gekommen. Insofern können wir nur hoffen, dass dieses Bündnis hält und der Reformprozess, der 2012 eingeleitet worden ist, auch anhält und fortgeführt wird.

Das nehme ich mit: Seit 2012 gibt es seit langem wieder eine einigermaßen handlungsfähige Zentralregierung in Somalia. Das große Problem ist nach wie vor die Terrororganisation al-Shabaab. Es ist zu hoffen, dass das Bündnis der verschiedenen Konfliktparteien, die sich 2012 zusammengetan haben, wirklich hält.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung